Nr. 19 29.08.2023

Landessportbund Hessen stellt sich gegen Haushaltskürzungen des Bundes

**„Diese Kürzung gefährdet das Gesamtsystem“**

Der Landessportbund Hessen e.V. (lsb h) kritisiert die geplanten Kürzungen für den Sport, die der Bundeshaushalt 2024 vorsieht. Mit einem entsprechenden Schreiben, das die negativen Folgen für den Breiten- und Leistungssport in Hessen aufzeigt, hat sich die Präsidentin des lsb h nun an politische Entscheider aus Hessen gewandt. Im Mittelpunkt stehen dabei die geplanten, massiven Kürzungen in den Bereichen Spitzensport, Integration durch Sport und Freiwilligendienste.

„Der Sport leistet einen unverzichtbaren Mehrwert für unsere Gesellschaft. Ihm für 2024 die Bundesmittel zu kürzen – kurz nachdem Tausende Ehrenamtliche alles dafür getan haben, ihre Vereine durch die Corona-Pandemie und die Energiekostenkrise zu navigieren und noch dazu in einem Olympiajahr –, das ist mehr als ein falsches Signal. Es ist ein Schritt, der das sportliche Gesamtsystem gefährdet“, urteilt lsb h-Präsidentin Juliane Kuhlmann. Aus der Vergangenheit heraus, so schreibt sie in ihrem Brief an die Abgeordneten, könne man zusammenfassen: „Wer am Sport spart, löst negative Kollateraleffekte aus. Wer in den Sport investiert, stößt hingegen nachhaltige und positive Entwicklungen für die Gesamtgesellschaft an.“

Beispiel Freiwilligendienste: War im Koalitionsvertrag noch eine Stärkung von FSJ und BFD angekündigt, will das Bundesfamilienministerium nun die Haushaltsmittel um rund 25 Prozent kürzen. „Dadurch werden die Rahmenbedingungen verschlechtert und die pädagogische Qualität, Struktur und Existenz der Freiwilligendienste bedroht. Im hessischen Sport sind davon pro Jahr rund 200 Freiwillige betroffen“, erläutert Kuhlmann. Die Kürzung betreffe aber nicht nur die jungen Menschen, sie wirke sich auf das gesamte Sportsystem aus: Denn Freiwilligendienstleistende bereichern mit ihrer Unterstützungsarbeit die Vereine, in denen sie beschäftigt sind. Sie ermöglichen ihnen die Ausweitung ihrer Angebote in die Vormittagsstunden und sie sind wichtige Akteure bei der Durchführung von Kooperationen mit Kitas und Schulen. „Der Freiwilligendienst wirkt für den Sport wie eine Personalentwicklungsmaßnahme, denn die jungen Menschen werden zu Übungsleitenden ausgebildet und sind auch nach ihrem Einsatz dem ehrenamtlich basierten Vereinssport verbunden. Über ihre Zeit als FSJ’ler oder BFD’lerin hinweg sind sie damit ein wichtiges Potenzial, das die Bundesregierung nun zu verspielen droht“, sagt Kuhlmann.

Negative Auswirkungen erwarten der lsb h und die Sportjugend Hessen auch für die Einsparungen im Sportetat des Bundesinnenministeriums: Er sieht im Vergleich zum aktuellen Jahr eine Kürzung um ca. 10 Prozent vor – von rund 303 auf circa 276 Millionen Euro. Davon betroffen sind sowohl der Spitzen- als auch der Breitensport: Unter dem Dach des Bundesprogramms „Integration durch Sport“ sind in Hessen 120 Stützpunktvereine, 18 Integrationskoordinatoren auf Sportkreisebene und 365 sogenannte „Sport-Coaches“ in 280 Kommunen aktiv. „Gerade, weil die Herausforderungen bei der Integration in den nächsten Jahren noch zunehmen werden“, wie es im Schreiben des lsb h heißt, müsste die finanzielle Unterstützung dieses Themenfeldes eigentlich ausgebaut werden. „Eine Mittelkürzung ist absolut kurzsichtig und trägt den aktuellen Entwicklungen keinesfalls Rechnung. Auch in Zukunft brauchen wir eine bedarfsgerechte Finanzierung“, heißt es vonseiten des Landessportbundes Hessen.

Zehn Prozent weniger will die Bundesregierung in Spitzensport investieren. „Ein Jahr vor den Olympischen und Paralympischen Spielen 2024 wäre das eine schmerzhafte, folgenschwere und völlig unverständliche Entscheidung“, sagt Kuhlmann. Allein, um das wichtige Serviceangebot des Olympiastützpunktes Hessen, dessen Träger der Landessportbund ist, auf dem derzeitigen Betreuungsniveau fortführen und die Preissteigerungen durch Inflation und Tariferhöhungen ausgleichen zu können, wäre anstelle einer Kürzung sogar ein Zuwachs von 10 Prozent notwendig. „Sollte die finanzielle Ausstattung stattdessen, wie im Haushaltsentwurf des Bundes vorgesehen, reduziert werden, müssen bei den Betreuungsleistungen deutliche Einschnitte vorgenommen werden“, wie es in der Stellungnahme des lsb h heißt. Weitere Kürzungen, etwa bei der Bezahlung des Leistungssportpersonals oder beim Institut für Angewandte Trainingswissenschaft (IAT) treffen die hessischen Strukturen indirekt.

Dies alles bittet der Landessportbund die politischen Entscheidungsträger zu bedenken, wenn der vorgelegte Haushaltsentwurf zur Entscheidung vorgelegt wird. Jeder, der sich auch nur bedingt im organisierten Sport auskenne, müsste schließlich wissen: „Die Sportvereine und -verbände generieren mit einem im Verhältnis zum Gesamthaushalt äußerst kleinen öffentlichen Budget ein Vielfaches an positiven Wirkungen. Wer sich in unruhigen politischen Zeiten eine stabile Gesellschaft wünscht, der sollte deshalb nicht am Sport sparen“, wie lsb h-Präsidentin Kuhlmann zusammenfasst.